

tion liegt bei Prof. D. Kurt Aland. Die Württembergische Bibelgesellschaft vervollständigt mit diesen Neuererscheinungen die von ihr betreuten Veröffentlichungen zum wissenschaftlichen Bibelftudium.

In der Sowjetunion dürfen Bibeln gedruckt werden, und zwar zum ersten Male nach der kommunistischen Revolution. Die Auflage beträgt 25000 Stück und wird nach Verlautbarung zuständiger Moskauer Stellen „auf Verlangen der Bevölkerung“ herausgebracht.

### Aus Israel

Über die Lage der Juden in den USA berichtet die Zeitschrift des Internationalen Ausschusses der Freunde Israels. Die in den USA ansässigen Juden haben ein Interesse daran, sich der juristischen und kulturellen Ordnung des Gastlandes zu assimilieren. Zahlreiche amerikanische Juden seien von einem Gefühl der Unsicherheit beunruhigt, und man fragt sich, ob die Freunde der Juden in den USA einer antijewischen Welle die Stütze bieten könnten. Darum ist man an dem Staat Israel sehr interessiert. Durch dieses Staatswesen hofft sich die Judentum besser behütet verschaffen zu können, außerdem bleibe der Staat als rechtsgültige Heimat aller Juden Zuflucht bei etwaigen neuen Verfolgungen. Religiös gliedert sich das USA-Judentum in die drei auch sonst bekannten Gruppen der Orthodoxen, Konservativen und der Reformjuden, zu denen noch eine kleine, aber einflussreiche Gruppe, die Rekonstruktions-Juden, kommt. In dieser Gruppe versucht man sich von der Gegenwart her über die Zukunft Israels Rechenschaft zu geben.

Frau Ludendorff hebt wieder. Nachdem das gegen Frau Ludendorff von der Münchener Spruchkammer erlassene Verbot der Schriftstellerei gemildert wurde, so weiß der Schweizer EPD zu berichten, hat sie in ihrem Hausblatt „Der Quell“ vom 9. 8. die Juden als die gefährlichsten Exponenten der „überstaatlichen Mächte“ bezeichnet, denn die Juden wollen „die nichtjüdischen Völker vor den Berg des Hasses, den Sinai, also unter die zehn Gebote des Moses stellen, ferner sie beherrschen und ihr Eigentum ausschließlich dem auserwählten Volk zuführen. Alle Nichtjuden, die sich hier auf die Dauer weigern sollten, den Auftrag Gottes an sich erfüllen zu lassen, müssen — wie Maimonides klar ausdrückt — gemordet werden.“ — Wir sind wirklich nicht für viele staatliche Verbote, da wir aber leider damit rechnen müssen, daß solche Torheiten wiederum eine verbrecherische Gesinnung züchten können, wäre es wohl gut, wenn diesmal der Staat energisch durchgriffe, um Frau Ludendorff den Mund und damit ihren schmutzigen „Quell“ endgültig zuzustopfen.

### Aufgelesen und angemerkt

Wie andere gegen die Verkehrsunfälle vorgehen. Holland hat trotz seines dichten Verkehrs wesentlich weniger Verkehrsunfälle als Westdeutschland. Dennoch steigt auch dort die Zahl der Verkehrstoten erschreckend. Ein Aufruf, den diesjährigen Geburtstag von Prinzessin Wilhelmina, der früheren Königin, zu einem unfallfreien Tag zu gestalten, hat leider nicht verhindert, daß im Lande doch einige tödliche Verkehrsunfälle an diesem Tage sich ereigneten. Nunmehr hat die Tageszeitung „Trouw“ ein sehr resolutes Mittel angewandt, um zur Verkehrserziehung beizutragen. „Trouw“ veröffentlicht das Bild von einem Verkehrsteilnehmer, der sich im Straßenverkehr besonders rücksichtsvoll zeigte. Dabei wird der Name des Betreffenden genannt, der von der Tageszeitung mit einer Torte belohnt wird. Ebenso wird

das Bild von einem rücksichtslosen Verkehrsteilnehmer publiziert, der Name des Missetäters aber höflich verschwiegen. Es wäre trotz aller Einwände, die man dagegen vor-

bringen kann, wohl zu erwägen, ob nicht auch bei uns diese Form von modernem Pranger gegenüber den Raubritten des Straßenverkehrs angewendet werden sollte.

### Aus dem Leserkreis

Pfarrer Karl Handrich, Speyerdorf/Pfalz, schreibt uns zu den Ausführungen von A. Dehmel über Karl Barth und Marokko:

Herr Superintendent A. Dehmel, Bad Oeynhausen, hat sich veranlaßt gesehen — RRZ Nr. 18 vom 15. 9. 1955, Sp. 398 —, mit leicht erhobener Zeigefinger Karl Barth zu ermahnen, zu dem „Massaker in Nordafrika“ das Wort zu ergreifen und die französische Kirche aufzurufen, dazu Stellung zu nehmen. Er fühlt zwar mit Recht, daß „wir nicht in der Lage sind, die moralische Gouvernante zu spielen“, aber er möchte doch gern zu den Vorgängen in Marokko und dem dortigen Verhalten gewisser französischer Kreise, vor allem der Militärs, etwas kritisches gesagt hören: ein Wunsch, der in mancherlei Gestalt heute begreiflicher Weise in ganz Deutschland laut wird. Ich bin nun allerdings der Meinung, daß wir Deutschen und speziell wir Christen in Deutschland uns diesen Wunsch verboten sein lassen sowohl den Franzosen gegenüber wie Karl Barth, selbst wenn die Vorgänge in Marokko keineswegs ihren Grund und ihre Ursache auf beiden Seiten, auf französischer wie auf marokkanischer, hätten. Wir Deutschen und wir Christen in Deutschland haben lediglich allen Grund, ehrlichen Herzens traurig zu sein, wenn wir sehen, was in Marokko geschieht, aber traurig vor allem darüber, daß sich dort Dinge ereignen, die uns aus unserer eigenen Vergangenheit, und zwar im Übermaß, nur zu bekannt sind. Karl Barth deswegen mit erhobener Zeigefinger zu bemühen ist überflüssig, weil es in der französischen Kirche genug Menschen gibt, die diese Dinge beim Namen nennen und von Karl Barth dazu nicht gemahnt zu werden brauchen. Für die Kirche in Deutschland gilt dies keineswegs im gleichen Maße: Herr Superintendent Dehmel ist zu fragen, ob er es wirklich aufrechterhalten kann, zu sagen, die deutsche „Staatskirche habe doch versucht, dem Übermaß etwas zu sagen“. Die deutsche Kirche? Die Staatskirche? Die hat doch bis zum schauerlichen Ende in Treue und Loyalität hinter dem „Führer“ gestanden, und zwar in der weitläufigen Mehrheit ihrer Gemeinden und Pfarrer und Kirchenleitungen! „Etwas“ gesagt — es war wenig genug, einschließlich der mutigen Denkschrift von 1936 und der Gebetsliturgie von 1938 — hat doch nur eine kleine bekennde Minderheit von Pfarrern und Gemeinden gegen die Mehrheit der Bischöfe und die große Masse des Kirchenvolkes. Wie schwach dieses „Etwas“ war, das haben die Sprecher dieser Minderheit im Stuttgarter Schulbekenntnis ausgesprochen (und sogar diese haben ihr Bekenntnis mit Ausnahme von Martin Niemöller und wenigen anderen je länger je mehr abgedrängt und eingedrückt). Karl Barth hatte und hat Ursache und Recht, deswegen gerade uns Christen in Deutschland die so nötige Paraklese zukommen zu lassen, wie er es zuletzt in seiner großartigen Wiesbadener Rede am Volkstrauertag 1954 getan hat, wofür man ihm nicht genug dankbar sein kann. Woher nehmen ausgerechnet wir Deutschen das Recht, jetzt nach den Franzosen zu spielen?! Die französische Kirche hat während des Hitlerkrieges deutlich und oft genug gesagt, was zu den deutschen Greueln zu sagen war, sie wird auch jetzt angesichts der Vorgänge in Marokko nicht schweigen, wenn dazu etwas zu sagen ist. Wir Christen in Deutschland haben nicht das Recht, Karl Barth eine ökumenische Schulmeisterrolle zuzumuten, wir haben immer noch genug damit zu tun, das zu beachten, was er — aus Liebe und Freundschaft, e h t e r Freundschaft! — uns gesagt hat. Jawohl, Karl Barth ist ein Schweizer, aber einer, der in Basel am Fenster nach Deutschland sitzt und der wie ganz wenige in besonderer Weise mit uns Deutschen verbunden ist und uns Deutsche vielleicht besser kennt als wir uns selber. Wir können Gott dankbar sein, daß Er uns einen solchen Freund, der Treuer und Mahner ist, geschenkt hat. „Mythifiziert“ wird Karl Barth von denen, die ihn gerade als Schweizer abtun wollen, weil sie seinen heilsam-unbequemen Worten nicht standhalten wollen. Karl Barth ist weder ein protestantischer Papst und Diktator noch ein Sonnengott, dessen Worte „als Tabu angesehen werden“: mit solchen Apostrophierungen möchten ihn diejenigen loswerden, die sich durch ihn in ihrer kirchlichen und politischen Selbstgenügsamkeit bedroht sehen. (Die „Eingeweihten“ seien hier an einen Brief Karl Barths an Hans Asmussen vom 8. Juni 1946 erinnert!) Diese werden auf ihn auch dann nicht hören, wenn er z. B. jetzt zu den Franzosen reden würde. (Als er z. B. vor einigen Jahren dem reformierten ungarischen Bischof Bereczky einige kritische Dinge zum Weg der dortigen Kirche sagte, da wurde dies nicht „allseits besser gehört“, wie Superintendent Dehmel meint, sondern mit eitlem Genugtuung als Bestätigung der schon immer gehaltenen eigenen Meinung aufgenommen.)

Wer kritisch zu Karl Barth steht — warum sollte dies nicht möglich und sogar geboten sein, nachdem er selber zu dieser Kritik auffordert und erzieht! —, der soll es sachlich und nüchtern tun, aber dabei nicht vergessen, daß wir diesem Mann unendlich viel mehr zu verdanken haben und von ihm lernen können, auch wenn wir mit Papierkugeln auf ihn schießen. In Deutschland wäre es bestimmt ein falsches und irreführendes Gebot, das uns befehlen würde, vor allem vor Karl Barth auf der Hut zu sein. (Es soll ja Professoren geben, deren Vorlesungen erst dann ein wenig interessant werden, wenn sie sich an Karl Barth reiben . . .)

Für uns alle, die wir von diesem Lehrer der Kirche ein wenig gelernt und die wir ihn als Menschen lieben gelernt haben, ist es tröstlich, zu sehen, daß er bis jetzt noch immer einen längeren Atem gehabt hat als alle gegen ihn gerichtete kurzatmige und kurzlebige Polemik. Aus diesem Grunde hätte ich es lieber gesehen, wenn Herr Superintendent Dehmel, Bad Oeynhausen, seinen Zeigefinger nicht erhoben hätte.

Zur „Wandlung in der Stellung der Kirche zur sozialen Frage“ bietet Pastor Kloor, Rheine, folgende Ergänzung:

Es ist wertvoll, daß die dringlichen Folgerungen der zwei letzten Abschnitte auch an die fast prophetische Schau des allzu vergessenen Gustav Werner wieder anknüpfen. Doch ist, weil eben von der Schweiz aus gesehen, die geschichtliche Entwicklung der kirchlichen Stellungnahme nicht ganz zutreffend dargestellt.

Vor allem ist übersehen, daß der Berliner Oberkirchenrat entgegen seiner eigenen Empfehlung 1890 schon Ende 1895 eine desto unverblümtere Warnung der Pastoren vor sozialpolitischer Betätigung ergehen ließ, deren Nachdruck katastrophal und dann östlich der Elbe noch bis 1918 fühlbar zu erleben gewesen ist. Die Ursache war der Stimmungsumschwung Wilhelms II. unter Einwirkung des Freiherrn von Stumm, des Grubenmagnaten im Saargebiet. Den Zickzackkurs beleuchtet ebenso treffend, daß 1877 des brandenburgischen Superintendenten Todt sozialpolitische Programmschrift von seinem Konsistorium zunächst eine warme Empfehlung

MOA 5/16